



Wissenschaftsausschuss

7. Sitzung (öffentlich)

6. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 16:45 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) 3

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/800

Vorlagen 17/325, 17/349, 17/350, 17/351 und 17/388

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/1111

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der SPD – Vorlage 17/388 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen ab.

Der im Zuständigkeitsbereich des Wissenschaftsausschusses befindliche Einzelplan 06 wird mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, der Grünen und der AfD angenommen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/1111 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der SPD und der Grünen zu.

2 Hohe Datenschutzstandards sicherstellen – Wirtschaft bei Umsetzung der Europäischen Datenschutzreform unterstützen! 10

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/803

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der CDU-Fraktion einvernehmlich überein, sich nachrichtlich an der Anhörung im federführenden Ausschuss für Digitalisierung und Innovation zu beteiligen.

3 Bologna-Prozess reformieren. Rückkehr zu bewährten Studienabschlüssen auch in NRW 11

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1284

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der AfD-Fraktion einvernehmlich überein, eine Anhörung durchzuführen.

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/800

Vorlagen 17/325, 17/349, 17/350, 17/351 und 17/388

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/1111

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Dietmar Bell (SPD) meint aus Sicht der SPD-Fraktion, in diesem Haushalt hätte die Handschrift der neuen Regierung in der Wissenschafts- und Forschungspolitik erkennbar werden müssen. Angesichts der Versprechungen und der damit geweckten Erwartungshaltung im Land enttäusche der Haushalt. Der Ministerpräsident habe in seiner Regierungserklärung gefordert, das Land müsse für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen sorgen und Nordrhein-Westfalen solle deshalb langfristig nicht nur über die höchste Dichte an Hochschulen, sondern auch über eine der höchsten Dichten an Professuren in Deutschland verfügen.

Laut Koalitionsvertrag hänge der Studienerfolg vieler Studierender maßgeblich vom direkten Austausch mit den Lehrenden ab, während vielen Dozentinnen und Dozenten die Zeit für eine gute Betreuung aller Studierenden fehle. Deshalb sei es laut Koalitionsvertrag das Ziel, die Qualität des Studiums und die Bedingungen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen insbesondere durch eine bessere Betreuungsrelation zu stärken. Dies bilde sich nicht im Haushalt ab.

Der Haushalt für Wissenschaft und Forschung sinke um rund 116 Millionen €. Begründet werde dies mit dem Rückgang der Mittel für den Hochschulpakt. Zur Erreichung der versprochenen Ziele müssten diese Mittel jedoch verstetigt werden. Die Studienanfängerzahlen hätten sich unter Rot-Grün von 2010 bis 2017 um 24,4 % und der Etat für Hochschulkliniken habe sich im gleichen Zeitraum um 54,4 % erhöht.

Die CDU-Fraktion habe im vergangenen Jahr u. a. bemängelt, dass der Haushalt mittlerweile zu knapp einem Fünftel aus Bundesmitteln bestehe und die Betreuungsquote in Nordrhein-Westfalen zu schlecht sei.

Die nun im Haushalt ausgewiesene Steigerung entspreche trotz der dynamisch wachsenden Einnahmen lediglich der Umsetzung des unter Rot-Grün verabschiedeten Hochschulvertrages aus dem letzten Jahr. Befürchtet werde, der in den letzten Jahren dynamisch wachsende Haushalt für Wissenschaft und Forschung genieße unter der neuen Regierung nicht mehr die Priorität der vergangenen Jahre.

Obwohl die CDU in der Vergangenheit einen Personalaufwuchs um 13 Stellen bemängelt habe, sehe der aktuelle Haushaltsentwurf keine Stellenstreichungen vor.

Der Sanierungsbedarf an den Hochschulen liege laut Aussage des Ministeriums bei mehr als 6 Milliarden €. Im Haushaltsentwurf fehle die Umsetzung des Versprechens des Ministerpräsidenten jedoch völlig, zusätzliches Geld für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen.

In einer der nächsten Sitzungen solle in der Berichterstattung ein Schwerpunkt auf Sanierungen und Sanierungsbedarfe im Hochschulbereich gelegt werden.

Auch bei der Finanzierung der Studierendenwerke bleibe die Landesregierung deutlich hinter den geweckten Erwartungen zurück. Der allgemeine Zuschuss bleibe eingefroren, angeblich deshalb, weil die Studierendenwerke keine Erhöhung beantragt hätten. Diese Argumentation sei absurd. Ein Blick in die Geschäftsberichte reiche aus, um zumindest einen Ausgleich der Kostensteigerungen selbstverständlich erscheinen zu lassen. Auch hier deckten sich Koalitionsvertrag und Realität nicht.

Alles in allem werde keine inhaltliche Handschrift erkennbar.

Die vorliegenden Änderungsanträge der SPD beschränkten sich auf zwei Schwerpunkte. Nach der einhellig positiven Einschätzung der erfolgreichen und guten Arbeit der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft beantrage seine Fraktion eine Erhöhung der Haushaltsansätze der angehörigen Institute um jeweils 3 %. Zudem solle der Ausbau der Fachhochschule Bielefeld am Standort Gütersloh fortgesetzt werde. Da dies nach Auskunft des Hauses abschließend noch nicht geklärt sei, fuße der Änderungsantrag auf dem von der Fachhochschule erstellten Konzept 2016. Sofern es neuere Erkenntnisse geben, könne die Höhe des Ansatzes gern verändert werden. Es gehe auch um das Signal, die vom Parlament eingebrachte Initiative fortzuführen.

Die Anträge für die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft beliefen sich insgesamt auf 277.650 €. Der Antrag für den Standort Gütersloh der Fachhochschule Bielefeld umfasse 1,9 Millionen €.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE) kündigt Änderungsanträge seiner Fraktion an, die im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt würden.

Erhebliche Steuermehreinnahmen für 2018 würden erwartet. Bei einzelnen Haushalten gewinne man den Eindruck, der Finanzminister wisse nicht, wohin er mit dem ganzen Geld solle, während gleichzeitig nicht viel im Wissenschaftsbereich hängen bleibe. Die von der CDU zu Oppositionszeiten formulierten Ansprüche bilde der Haushaltsentwurf definitiv nicht ab. Insbesondere verändere sich bei den Ausgaben pro Studierendem und bei der Betreuungsrelation nicht viel. Auch die Ministerin habe sich nur

zurückhaltend geäußert, verzichte allerdings inzwischen offenbar auf die zuvor ange-dachte Herausrechnung der sogenannten Ticket-Studierenden.

Über den notwendigen Mittelaufwuchs habe der Ausschuss bereits mehrfach disku-tiert. Die Landesregierung habe deutlich gemacht, außer den Gebühren für ausländi-sche Studierende und Summen für das Medizinerprogramm keine nennenswerten Auf-wüchse in der laufenden Legislaturperiode vorzusehen. Die Bauprojekte stünden unter Haushaltsvorbehalt.

Aus dem Einzelplan 06 seien insgesamt 27,7 Millionen € in den Einzelplan 14 verlagert worden. Dabei handele es sich entgegen der Darstellung des Ministeriums keineswegs um Kleinigkeiten.

Die Forschungsfinanzierung über das Programm „Fortschritt NRW“ sei Schwarz-Gelb immer ein Dorn im Auge gewesen. Nun werde ein Teil kaputt gemacht und der Rest in das Wirtschaftsministerium verlagert. Dort werde der Ansatz wieder um 6 Millionen € erhöht, sodass man sich frage, ob innerhalb der Landesregierung Einigkeit über die Ziele bestehe. Das Programm „Fortschritt NRW“ knüpfe an Forschungsnotwendigkei-ten an und solle daher in bisheriger Form erhalten bleiben.

Die Studierendenwerke hätten Bedarfe angemeldet, die in die Grundfinanzierung ge-hörten.

Von den großen Ankündigungen der schwarz-gelben Landesregierung sei bislang nichts realisiert worden. Daher werde der vorliegende Haushalt abgelehnt. Er stelle keinen Schritt nach vorn dar, sondern zeige, dass der Wissenschaftsbereich bei Schwarz-Gelb nicht die nötige Priorität genieße.

Dr. Stefan Berger (CDU) schickt voraus, die Finanzausstattung könne nie gut genug sein. Für viele Bereiche der Landespolitik wünsche er sich mehr Geld. Die Situation, die Schwarz-Gelb bei Regierungsübernahme vorgefunden habe, habe allerdings zu einem anderen Bild geführt. In den nächsten Jahren werde der Versuch unternommen, sich Schritt für Schritt mehr Spielräume zu erarbeiten, um eine verbesserte Pro-Kopf-Ausstattung und eine bessere Betreuungsrelation an den Hochschulen zu erreichen. Dazu müsse die Finanzpolitik durch den Verzicht auf neue Schulden und die Senkung der Zinslasten die Voraussetzungen schaffen.

Der vorliegende Wissenschaftshaushalt sei nicht der höchste in der Geschichte des Landes. Das hänge mit dem Hochschulpakt zusammen. Rechne man die Mittel des Hochschulpaktes heraus, steige der Haushalt des Einzelplans 06 immerhin noch um 3 %. Die aktuelle Inflationsrate liege deutlich darunter. Deshalb könne von einer relativ verbesserten Situation gesprochen werden.

Der Haushalt setze inhaltliche Schwerpunkte. Die Mittel des Hochschulpaktes und die Mittel in der Lehrerbildung würden verstetigt. Die Förderung der Hochschulmedizin und der außeruniversitären Forschung sei selbstverständlich. Ein Schwerpunkt liege bei-spielsweise in der Digitalisierung.

Wichtig sei nicht nur, wie viel Geld im System stecke, sondern auch, über welche Me-CHANISMEN es verwendet werden könne. In den nächsten Jahren solle über gesetzliche

Änderungen sowie mehr Eigenverantwortung und Freiheit ein neues und effektiveres System kreiert werden, in dem mehr Qualität und Quantität erzeugt werden könne.

Das Programm „Fortschritt NRW“ habe die CDU in der Tat kritisch gesehen. Es stehe für die Politisierung der Forschung. Ziel sei jedoch eine entpolitisierte und wahrheitsgeleitete Forschung. Deshalb würden das Programm und der Titel nicht mehr in der Form mitgetragen, sondern verändert.

Aus den Instituten der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft seien ihm keine über die Anmeldungen hinausgehenden Forderungen nach zusätzlichen Mitteln bekannt. Deshalb lehne die CDU die Änderungsanträge der SPD zu diesem Bereich ab. Da sich die Forschungsgemeinschaft gerade erst auf den Weg gemacht habe und sich noch in der Forschungslandschaft etablieren müsse, müsse man sich allerdings fragen, wie man dauerhaft damit umgehe. In den nächsten Jahren müsse sie in die Lage versetzt werden, den Wettbewerb mit anderen Forschungsgemeinschaften anzunehmen.

Erste Schwerpunktveränderungen seien erkennbar. Dieser Weg werde in den nächsten Jahren – auch über Gesetzesänderungen – mit dem Ziel fortgesetzt, eine andere Hochschulrealität zu schaffen.

Moritz Körner (FDP) bemerkt, wenn die Opposition einerseits die Veränderungen als zu geringfügig kritisierten und andererseits die Haushaltsaufstellung bemängelten, sei der vorherige Haushalt unter Rot-Grün offenbar nicht gut aufgestellt gewesen.

Einen Schwerpunkt setze die neue Landesregierung in der Hochschulmedizin. 4,5 Millionen € stünden für den Aufbau der Medizinischen Fakultät OWL bereit. Der Modellversuch „Medizin neu denken“ werde mit 1,3 Millionen € gefördert. Für den Fachbereich „Medizin“ an der Universitätsklinik Bonn stünden 15 Millionen € zur Verfügung. Weitere 3,8 Millionen € seien zusätzlich für die Mediziner Ausbildung an der Universität Witten/Herdecke vorgesehen.

Der Haushalt des Wissenschaftsbereichs umfasse rund 8,7 Milliarden €. Würden Teilbereiche mit einem Volumen von 27,7 Millionen € in das Wirtschaftsministerium verlagert, falle dies nicht besonders ins Gewicht.

Die Mittel für das Programm „Fortschritt NRW“ seien komplett in die allgemeine Forschungsförderung verlagert worden.

Das Ministerium solle die Situation zum Standort Gütersloh der FH Bielefeld erläutern. Seines Wissens laufe das Projekt noch nicht an. Bevor der Änderungsantrag der SPD zu diesem Thema behandelt werde, solle sich der Ausschuss mit der aktuellen Situation vor Ort beschäftigen. Möglicherweise könnten die zusätzlich beantragten Mittel noch gar nicht verausgabt werden.

Helmut Seifen (AfD) legt aus Sicht seiner Fraktion dar, im Haushaltsentwurf würden auf der einen Seite Sparmaßnahmen deutlich, während auf der anderen Seite bitter nötige Ausgaben im Bereich Medizin getätigt würden. Angesichts des besonderen Bedarfs sei es wünschenswert, lenkend einzugreifen und auch die Ausbildung zum Allgemeinmediziner zu fördern.

Beim BAföG sei ein Fortschritt zu verzeichnen.

Aus Sicht der AfD stelle der Haushaltsentwurf den Einstieg in den richtigen Weg dar. Allerdings enthalte er noch ideologische Bausteine der Vorgängerregierung. So seien 21 Millionen € für die Ausbildung der Förderschullehrer angesetzt. Wozu allerdings die vorgesehene 1 Million € für die Lehrkräfteausbildung „Inklusion“ dienen sollte, erschließe sich ihm nicht. Dieser Betrag könne besser direkt der Ausbildung der Förderschullehrer zugeschlagen werden. Das Inklusionskonzept sei in der angelegten Form nicht durchzuführen.

3,2 Millionen € für die Genderforschung halte er für verfehlt. Er glaube an die Gleichstellung von Männern und Frauen und auch daran, dass diese erreicht sei. Darüber freue er sich.

Institute wie sie zur Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft gehörten, müssten unbedingt gestützt werden. Der Grund für die pauschale Erhöhung der Ansätze um 3 % sei allerdings unklar.

Raphael Tigges (CDU) betont, die CDU werde dem Änderungsantrag zur FH Bielefeld aufgrund der noch nicht geklärten Fragen nicht zustimmen. Auf allen Ebenen würden intensive Gespräche zum Fortgang geführt. Die Wirtschaft des Landes engagiere sich sehr stark an der Fachhochschule. Zu klären sei, wie sich die Wirtschaft im Gesamtkonzept wiederfinde. Auch räumliche Dinge seien zu klären. Das Ministerium solle den Prozess intensiv begleiten.

Die seinerzeit für die Fachhochschule eingestellten Mittel seien sicherlich hilfreich. Für die Folgeplanung solle in Gesprächen mit der FH geklärt werden, was genau benötigt werde, um den Aufbau zielführend auf den Weg zu bringen.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) erläutert, die beantragte Ansatzserhöhung für die Institute der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft entspreche dem zugesagten Aufwuchs für die von Bund und Ländern finanzierten Institute. Einen solchen Wunsch hätten die Institute selbst nicht geäußert. Deswegen sei eine solche Erhöhung nicht eingeplant.

Unterschiedliche Akteure engagierten sich stark für die Etablierung des Studienstandortes Gütersloh und hätten dem Ministerium teilweise auch Schriftstücke und eine Art Planung dazu zukommen lassen. Diese Vorhaben könnten mit dem Ansatz für 2018 gut bewältigt werden. Die Fachhochschule Bielefeld selbst habe keine Anträge dazu gestellt.

Intern liege eine Roadmap für die Führung von Gesprächen vor. Das Verfahren gehe nun seinen Gang. Ein förmlicher Antrag mit Konzept liege dem Ministerium noch nicht vor.

Bei der angesprochenen Verlagerung von Teilbereichen ins Wirtschaftsministerium gehe es um technologieorientierte Forschungsförderung, insbesondere um Werkstoffe, Biotechnologien, unternehmensnahe Energieforschung und Produktionstechnologien, die KMU-Förderprogramme, Technologietransfer und Gründungen. Genau

diese Bereiche seien 2005 vom damaligen Wirtschaftsministerium in das Wissenschaftsministerium verlagert worden und würden nun zurückverlagert.

Die Förderung der Allgemeinmedizin solle durch die Entwicklung der Medizinischen Fakultät OWL vorangetrieben werden. Hinzu kämen die Zusammenarbeit der Universitäten Siegen und Bonn und die sofortige Erhöhung der Studienplätze an der Universität Witten/Herdecke. 22 % bis 24 % der dortigen Absolventen wirkten später als Haus- und Allgemeinmediziner, während der Wert im Bundesdurchschnitt aller staatlichen Universitäten bei 10 % bis 12 % liege. Zudem plane die Hochschule einen erweiterten Modellstudiengang, in dem alle Forderungen des „Masterplans Medizinstudium 2020“ umgesetzt werden sollten. Die bisherige Quote von 22 % bis 24 % solle dadurch auf 35 % gesteigert werden. Wichtig sei, dass schnell etwas geschehe.

Die Ausbildungskapazitäten für Förderschullehrer würden erweitert. 1 Million € stehe außerdem für die Ausbildung der Lehrkräfte im Feld der Inklusion bereit.

Die Bilanz der Genderforschung sei verbesserungswürdig. Das Ziel sei noch lange nicht erreicht. Volkswirtschaftlich werde viel Potenzial der Gesellschaft bei gut ausgebildeten Frauen verschenkt. Der vorgesehene Ansatz für diesen Bereich sei nicht exorbitant hoch.

Sigrid Beer (GRÜNE) legt in Bezug auf die Inklusion Wert darauf, sich nicht an veralteten Vorstellungen zu orientieren, sondern die Entwicklung nach vorn zu bringen.

„Fortschritt NRW“ habe laut eigener Aussage der CDU-Fraktion zwar für eine Politisierung der Forschung gestanden, aber sie wolle dem Wirtschaftsminister nicht unterstellen, in dem Bereich zu politisieren. Stattdessen werde eine streng sachbezogene andere Ausrichtung verfolgt.

Über die Aufstockung der Weiterbildungsmittel seien die Grünen sehr froh. Ihre Fraktion unterstütze die Kooperation in dem Bereich ausdrücklich. Die Zusammenarbeit im Ausschuss sei gut und solle fortgesetzt werden, um Akzente bei dieser wichtigen Bildungssäule zu setzen. In den letzten Jahren sei über die Weiterbildung vieles für die Zugewanderten, in der Nachqualifizierung und für den Wiedereinstieg in Erwerbstätigkeit getan worden. Das könne nicht hoch genug geschätzt werden.

Georg Fortmeier (SPD) hebt hervor, seit dem Frühjahr liege ein sehr ausgereiftes Konzept zum Studienstandort Gütersloh vor. Aktuell liefen Ausschreibungen für Professorenstellen und anderes wissenschaftliches Personal. All das basiere auf einem Finanzplan, der in den nächsten Jahren stetig ausgeweitet werden solle. Dieses liege auch dem Ministerium vor. Nach dem Start im Jahr 2017 mit 2,6 Millionen € habe man angestrebt, in vier Jahren bei ca. 8 Millionen € zu erreichen.

Das Vorhaben werde in der Region getragen. Über 100 Unternehmen engagierten sich für den Standort Gütersloh.

Die Etablierung eines Standorts Gütersloh der Fachhochschule Bielefeld sei aus einer parlamentarischen Initiative entstanden. Die SPD setze sich nach wie vor für diesen

Standort ein. Die Politik müsse sich für die Bereitstellung der benötigten Gelder einsetzen, damit es nicht zu einem Stillstand komme.

Dietmar Bell (SPD) bietet an, den Kolleginnen und Kollegen das 2016 eingebrachte Konzept der Fachhochschule zur Verfügung zu stellen. Das fast 60 Seiten umfassende Konzept sei damals der Anlass gewesen, weshalb sich die Parlamentarier für das Vorhaben eingesetzt hätten.

Das Ministerium habe im Vorfeld von noch bestehendem Abstimmungsbedarf gesprochen. Daher habe sich die SPD bei ihrem Änderungsantrag an dem vorliegenden Konzept orientiert. Dieser Ansatz könne gern korrigiert werden, wenn das Ministerium inzwischen mit der FH Bielefeld entsprechende Vereinbarungen getroffen habe. Eine sachliche Entscheidung solle getroffen werden, um die Arbeit im kommenden Jahr ungebrochen fortsetzen zu können.

Die SPD-Fraktion werde darauf achten, ob sich das, was der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht habe, in Politik niederschlage.

Die alte Landesregierung habe angesichts der verstärkten Inklusionsbemühungen an Schulen die Ausbildungskapazitäten für Sonderpädagogik an Hochschulen extrem hochgefahren. An insgesamt vier Hochschulstandorten seien damals weitgehend unstrittig erhebliche Kapazitäten aufgebaut worden. Erfreulicherweise würden diese Bestrebungen nach wie vor fortgesetzt.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) unterstreicht, zum Standort Gütersloh kursierten unterschiedlichste Papiere. Gegenüber den 2016 vorgelegten Unterlagen gebe es inzwischen relativ starke Modifikationen. Kürzlich sei dem Ministerium ein Finanzüberblick auf dem neuesten Stand übermittelt worden. Danach werde für 2018 kein höherer Ansatz benötigt.

Dietmar Bell (SPD) zieht den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Standort Gütersloh der Fachhochschule Bielefeld zurück.

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge der Fraktion der SPD – Vorlage 17/388 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der SPD und der Grünen ab.

Der im Zuständigkeitsbereich des Wissenschaftsausschusses befindliche Einzelplan 06 wird mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, der Grünen und der AfD angenommen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 17/1111 – mit den Stimmen der CDU, der FDP und der AfD bei Enthaltung der SPD und der Grünen zu.

